

## Farce und Fassade

Somalias Regierung agiert ohne Legitimation

von **Markus Virgil Höhne**. Markus ist Ethnologe an der Universität Leipzig und forscht zu Konflikt, Identität, Staatenbildung und Vergangenheitsbearbeitung in Somalia und Peru.

Zuerst veröffentlicht in **IZ3W 390, Mai / Juni 2022, S. 6-7**

Während islamische und andere Milizen Teile des Landes kontrollieren, strebt die internationale Gemeinschaft den Aufbau eines föderalen Regierungssystems an. Das externe politische Eingreifen vergrößert jedoch Korruption und Konflikte im Land. Beim derzeit stockenden Wahlprozess zeigen sich die Legitimationsprobleme aller Beteiligten.

Eigentlich sollte Somalia längst ein neues Parlament und einen neuen Präsidenten haben. Seit Jahren drängt die internationale Gemeinschaft auf freie Wahlen. Doch die Sicherheitslage und auch die geringe Kapazität der von außen gestützten Regierung lassen dies nicht zu. Schließlich einigten sich Regierung, Opposition und internationale Akteure auf "indirekte Wahlen" bis Anfang 2021.

Dieses Wahlverfahren ist kompliziert: Auf lokaler Ebene benennen Familienälteste insgesamt fast 30.000 Wahlfrauen und -männer. Diese bestimmen dann die 275 Mitglieder des Unterhauses, dessen Sitzverteilung nicht nach Parteien, sondern nach patrilinearen Abstammungsgruppen geregelt ist. Die 54 Mitglieder des Oberhauses werden dagegen von Gremien der somalischen Bundesländer bestimmt. Gemeinsam wählen beide Häuser dann den Präsidenten. Aufgrund mangelhafter Vorbereitung und des Misstrauens zwischen den politischen Akteuren verstrichen bis heute wichtige Fristen. Auch ist der Wahlprozess seit Ende 2020 von massiven Korruptionsvorwürfen überschattet.

Der seit 2017 amtierende Präsident Mohamed A. Farmajo bevorzugt indirekte Wahlen, da sie stark von den regionalen Ministerpräsidenten gesteuert werden, welche teilweise seine Parteigänger sind. Am 8. Februar 2021, dem offiziellen Ende seiner Amtszeit, verlängerte Farmajo dann ohne Wahl sein Mandat um zwei Jahre.

Das führte zu heftigen Gegenreaktionen. Zeitweise besetzten bewaffnete Oppositionsanhänger\*innen Teile Mogadischus. Die Regierung hat davon abgesehen nur in einigen städtischen Zentren Einfluss. Weite Teile Südsomalias werden von der islamistischen Miliz Al-Shabaab beherrscht. In Nordsomalia existieren die zwei autonomen Regionalstaaten Somaliland und Puntland, die der Regierung in Mogadischu nicht rechenschaftspflichtig sind. Als sich die Lage schließlich beruhigte, wurden indirekte Wahlen bis Ende Februar 2022 anberaumt. Doch bis Redaktionsschluss waren noch nicht alle Parlamentsmitglieder ausgewählt und selbst nach Abschluss der Wahlen sind die Chancen auf eine grundlegende Verbesserung gering.

## **Ein Kalter und ein heißer Krieg**

Die Gewalt in Somalia eskalierte ab Ende der 1970er-Jahre. Im Kontext des Kalten Krieges lieferten zuerst die Sowjetunion und dann die USA sowie ihre Verbündeten (wie DDR und BRD) Waffen an die Diktatur unter Siad Barre (1969-91) - auch als bereits klar war, dass damit Menschenrechtsverletzungen begangen würden.

1991 stürzten Rebellen das diktatorische Regime, sie konnten sich jedoch auf keine neue Regierung einigen. Die staatlichen Waffenarsenale wurden aufgebrochen, die Bevölkerung bewaffnete sich. Chaos und Gewalt führten zu einer Hungersnot, der bis Ende 1992 Hunderttausende zum Opfer fielen. Daraufhin intervenierten die USA und die UN mit bis zu 30.000 Blauhelmen, um die Versorgung der Zivilbevölkerung und die Wiederherstellung der politischen Ordnung zu erreichen. Es war das erste Mal, dass Blauhelme ohne Zustimmung der Regierung in einem Land stationiert wurden. Die Operation missglückte: Zwar wurde die Hungersnot gelindert, das bewaffnete Eingreifen verstärkte jedoch die Kampfhandlungen.

Die USA und die UN arbeiteten mit einigen Kriegsherren zusammen und versuchten andere, wie Mohamed Farah Aideed, gefangen zu nehmen.

Das führte zur Solidarisierung vieler Somalis mit Aideed, der als ehemaliger Offizier der Armee am Sturz von Diktator Barre beteiligt war. Als ihn amerikanische Spezialeinheiten im Oktober 1993 ergreifen wollten, kam es zu Gefechten in Mogadischu. Hunderte Somalis und 18 amerikanische Soldaten wurden im Häuserkampf getötet. Daraufhin zogen bis Mai 1995 alle Interventionstruppen aus Somalia ab. Die Waffen und die Warlords blieben. Letztere machten mit ausländischen Firmen »schmutzige« Geschäfte und ließen zum Beispiel Giftmüll vor der Küste Somalias verklappen.

## **Wahlen im Kampfgebiet**

Erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 geriet das muslimische Somalia wieder ins Blickfeld westlicher Regierungen. Die USA und ihre Verbündeten - am Horn von Afrika besonders Äthiopien - kooperierten mit einigen Kriegsherren, um islamistische Terrorverdächtige in Südsomalia zu eliminieren. Gleichzeitig initiierte die internationale Gemeinschaft in Kenia eine Friedenskonferenz für Somalia, auf der Mitte 2004 der ehemalige Milizenführer Abdullahi Yusuf Ahmed von einer somalischen Übergangsparlament zum Präsidenten gemacht wurde. Er konnte mit seiner Regierung jedoch nicht in der Hauptstadt einziehen, da ihn die Lokalbevölkerung zurückwies. Die meisten Somalis standen inzwischen den Islamischen Gerichtshöfen nahe, die eine alternative politische und wirtschaftliche Ordnung für Somalia basierend auf der Scharia versprachen. Als Einzige sorgten die Islamisten für Frieden in den von ihnen kontrollierten Nachbarschaften und boten effektive Gerichtsbarkeit an.

Die Spannungen zwischen den Islamisten einerseits und der Regierung und den Kriegsherren andererseits entluden sich ab Anfang 2006 in Gefechten, in deren Verlauf die Gerichtshof-Milizen schließlich die Überhand gewannen. Bald kontrollierten sie

weite Teile Südsomalias. Die äthiopische Armee intervenierte im Dezember und vertrieb die islamistischen Kräfte bis auf einen harten Kern, aus dem 2007 Al-Shabaab (Die Jugend) hervorging. Al-Shabaab entwickelte sich in den folgenden Jahren zur stärksten somalischen Kraft, die bis heute durch massive militärische Gegenmaßnahmen, vor allem der Truppen der Afrikanischen Union, in Schach gehalten werden muss. Parallel dazu versuchen internationale Akteure, in Mogadischu eine Regierung aufzubauen. Deutsche Völkerrechtler\*innen waren maßgeblich an der Ausarbeitung einer föderalen Verfassung beteiligt.

Auf Basis der Verfassung fanden 2012 erstmals indirekte Wahlen statt und Hassan Sheikh Mahamoud wurde Präsident. Er bemühte sich um die Umsetzung der föderalen Verfassung und den Aufbau von Bundesstaaten. Die Idee war, durch Föderalisierung eine gewisse Teilung der Macht im Staat und zwischen (Abstammungs-)Gruppen zu erreichen. Traditionell wird in der somalischen Gesellschaft Zugehörigkeit weniger territorial als über Abstammung in der Vaterlinie geregelt. Der Regierung Mahamouds gelang es, einige Bundesstaaten zumindest nominell zu etablieren. Allerdings kontrollierte Al-Shabaab nach wie vor das Hinterland Südsomalias.

Zudem war Mahamouds Regierung extrem korrupt. Circa 70 Prozent der von außen gegebenen Mittel verschwanden in privaten Taschen der Regierungsakteure, wie die Weltbank dokumentierte. Auch die Amtszeit des nachfolgenden Präsidenten Mohamed Abdullahi Farmajo war von massiven Korruptionsvorwürfen begleitet. Farmajo negierte zudem das föderale Staatsmodell und arbeitete auf die Zentralisierung der Macht hin.

### **Legitimiert ist niemand**

Angesichts der eingeschränkten Funktion und der geringen Legitimität der Regierung Farmajos und des Staates in Somalia insgesamt stellt sich die Frage, warum dennoch mit hohem Aufwand Wahlen organisiert werden. Es ist allgemein bekannt, wie korrupt die politischen Akteure sind und dass sie kaum Rückhalt in der Bevölkerung haben. Eine Erklärung ist, dass die somalischen Eliten und die externen Helfer\*innen von Wahlen profitieren. Somalische Eliten lassen sich für ihre Teilnahme an der Farce gut bezahlen. Um weiterhin Projekte im Krisenland Somalia durchführen zu können, brauchen westliche Hilfsorganisationen administrative Partner\*innen zur Absegnung von Projekten - was offensichtlich ein Selbstzweck ist, denn die Hilfe kommt der Bevölkerung nicht zugute. Zudem stützen die Wahlen formal das Narrativ westlicher Regierungen, dass es in Somalia "bergauf" gehe'. Am Ende profitiert sogar Al-Shabaab von dem Wahl-Desaster. Zwar haben die militanten Extremist\*innen ebenfalls keine breite Legitimationsgrundlage, aber sie müssen ihre Arbeit nur ein wenig besser machen als die Regierung, schon gewinnen sie Unterstützung seitens der konfliktmüden Bevölkerung.

Ein führender UN-Vertreter sagte Ende 2021 in einem Hintergrund-Gespräch, dass „egal wie der Wahlprozess ausgeht, dieser zu keiner Verbesserung beitragen wird“. Ein deutscher NGO-Mitarbeiter meinte im Januar 2022 in einer Expert\*innen-Runde, seine größte Sorge

sei, wie die unterlegene Seite nach der korrupten Wahl reagiert. Manche befürchten eine neue Eskalation der Gewalt.

Sicher ist, dass die Regierung der Bevölkerung quasi nichts zu bieten hat. Bisher hat keine der seit Anfang der 2000er Jahre von außen mitinstallierten somalischen Regierungen signifikant für die Sicherheit der Bevölkerung gesorgt, ganz zu schweigen von Leistungen in den Bereichen Verkehr, Bildung oder Gesundheit. Was somalische Menschen schaffen, schaffen sie durch Eigeninitiative und mit Hilfe von Verwandten in der Diaspora.